

## Ergebnisse und Impulse aus dem NFP 60 Gleichstellung der Geschlechter

### Gleichstellungspolitik: Die Herausforderungen angehen

Die Gleichstellungspolitik hat sich anfänglich stark am Gedanken der Emanzipation orientiert. Emanzipation wurde verstanden als Beteiligung der Frauen an Politik, Bildung und Erwerbsarbeit. Heute, ein halbes Jahrhundert später, steht die Erwerbsintegration im Vordergrund: Der Fachkräftemangel und die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sind zu bewältigen. Die Frage ist aber berechtigt, ob die Erwerbsintegration der Frauen als normative Grundlage der Gleichstellungspolitik für die kommenden Jahre nicht zu kurz greift. Die Ergebnisse und Impulse des NFP 60 legen es nahe, den Blick aufs Ganze zu richten.

#### Blinde Flecken ausleuchten

Die Umsetzung von tatsächlicher Gleichstellung und Chancengleichheit erfordert ein gemeinsames Problem- und Zielverständnis sowie politischen Willen und wirksame Massnahmen. Es lohnt sich, die politische Debatte unter die Lupe zu nehmen, das Themenbarometer anzusetzen und blinde Flecken auszuloten: Worüber wird gesprochen? Welche Fragen werden gar nicht erst gestellt? Gibt es Zusammenhänge, die noch wenig bekannt sind? Das NFP 60 liefert Hinweise, welches die gleichstellungspolitischen Herausforderungen sind.

Einige wichtige Gleichstellungsthemen haben es auf die politische Agenda geschafft: die Arbeitsmarktteilnahme der Frauen, die Erhöhung des Frauenanteils in den Führungsetagen, die Lohngleichheit, die Vereinbarkeit von Familie, Bildung und Beruf. Das ist gut so, denn hier bringen Massnahmen die Chancengleichheit ein wichtiges Stück weiter. Aber: Die Debatte um Gleichstellung erfolgt nicht selten mit einem Tunnelblick. Einzelne Teilbereiche werden ausgeleuchtet, andere Fragen zu Gleichstellung und Chancengleichheit bleiben im Dunkeln und sollten ans Licht geholt werden. Einige Beispiele, worüber auch noch zu diskutieren wäre:

Wo Gleichstellung kostet, werden eher Mittel freigemacht, wenn aufgezeigt wird, dass es sich unter dem Strich lohnt. Erfolgt die Legitimation von Massnahmen aber ausschliesslich über den wirtschaftlichen Nutzen, werden Gleichstellung und Chancengleichheit auf die ökonomische Dimension reduziert. Dabei sind sie in erster Linie verfassungsmässiges Recht. Diese Tatsache droht in der Hektik der politischen Debatte vergessen zu gehen.

Wird Gleichstellung als Frauensache verstanden, bleibt ausgeblendet, dass auch Männer ein Problem haben mit der Ungleichheit und dass insbesondere Väter mehr Care-Verantwortung übernehmen wollen und sollen. In der politischen Diskussion ist nichts zu hören über Ziele und Wege einer Emanzipation der Männer aus der Hochleistungs- und Präsenzkultur des Arbeitsmarktes. Dass viele Männer auch für ihre Kinder präsent sein möchten, ist ein politisches Tabu.

Gleichstellung wird oft gleichgesetzt mit einem Aufholen des Rückstands von Frauen gegenüber Männern in der Arbeitswelt. Wenn Gleichstellung in erster Linie auf dem Arbeitsmarkt stattfinden soll, wird über zwei wichtige Themen nicht diskutiert, nämlich die kulturellen Normen der Arbeitswelt zum einen und die unbezahlte Care-Arbeit zum anderen: Es ist in Frage zu stellen, ob die Angleichung von weiblichen an männliche Erwerbsbiografien wirklich in jedem Fall wünschenswert ist. Und es braucht Lösungen rund um die Frage, was die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit für die Frauen bedeutet und welche sozialen Folgen sie nach sich zieht.

Wie das NFP 60 zeigt, ist soziale Ungleichheit latent in allen Bereichen der Gleichstellungspolitik vorhanden. Sie wird aber kaum diskutiert und liegt im toten Winkel der gleichstellungspolitischen Debatte. Soziale Ungleichheit zwischen Mann und Frau, aber auch soziale Ungleichheit zwischen Frauen ist eng verknüpft mit einem weiteren Tabu-Thema, nämlich der Frage, wer eigentlich zuständig ist für die unbezahlte Care-Arbeit. Sie ist für die Gesellschaft unverzichtbar und wird doch gering geschätzt. Der Bedarf an Care-

Leistungen steigt. Schon heute können Kinder und Erwachsene nicht in jedem Fall so betreut und gepflegt werden, wie es gesellschaftlich sinnvoll wäre. Die Versorgungslücke im ambulanten Bereich wächst – die Stichworte dazu sind demografischer Wandel, medizinisch-technischer Fortschritt, Zunahme von chronischen Erkrankungen und Multimorbidität. Die politische Agenda zeigt indessen, dass es in der Schweiz noch weitgehend an Bewusstsein und Ideen fehlt, wie die Herausforderungen zu bewältigen sein werden. Auch Fachwelt und Öffentlichkeit geben kaum Antworten auf die Frage, wer künftig zu welchen Bedingungen die unbezahlte Care-Arbeit leisten wird, also Hausarbeit verrichten, Kinder erziehen, Eltern und Schwiegereltern betreuen und pflegen sowie die sozialen Netze knüpfen, ohne die gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht zu haben ist. Nicht zu vergessen: Daneben braucht es auch noch Zeit und Raum für Freiwilligenarbeit in Vereinen und Institutionen sowie für politisches Engagement als weitere unbezahlte Tätigkeiten.

Wo die konkreten Lösungen noch nicht auf dem Tisch liegen, lohnt es sich, zunächst einmal die offenen gleichstellungspolitischen Fragen zu diskutieren – dies gilt ganz besonders im Zusammenhang von Gleichstellung und sozialer Ungleichheit. Denn es ist zu beobachten, dass formale Gleichbehandlung, ohne gezielte Unterstützung der Schwächeren, die bestehenden Ungleichheiten nicht aufhebt, sondern verfestigt. Wie kann das Bewusstsein hergestellt werden, dass die ungleiche Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Care-Arbeit nachteilige Folgen für die soziale Absicherung mit sich bringt? Was ist zu tun, um die öffentliche und politische Anerkennung zu erreichen, wie wichtig Care-Arbeit ist und wie prekär die Situation vor allem der Frauen ist, die diese Arbeit unbezahlt oder bezahlt erbringen? Wie sieht die Gesellschaft im Jahr 2030 oder 2050 aus und welche Vision haben wir, wie wir zusammen leben wollen?

Das aktuelle Interesse der Wirtschaft an den gut ausgebildeten Frauen kann sicher Einiges voranbringen in Sachen Chancengleichheit und Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt. Gleichwohl sind Zweifel angezeigt – eine verstärkte Erwerbsintegration hoch qualifizierter Frauen allein wird die anstehenden Probleme und Herausforderungen nicht lösen. Diese Zielsetzung entspringt einem momentanen konjunkturellen Bedarf und es fehlt die langfristige Perspektive. Sie ändert nichts an den gleichstellungshemmenden Mechanismen des Arbeitsmarkts insgesamt, und sie lässt die weniger qualifizierten Frauen aussen vor. Eine Altersstrategie fehlt weiterhin in der Arbeitsmarktpolitik und in den Unternehmen. Wenn gut ausgebildete Frauen mehr Erwerbsarbeit leisten, bringt dies nicht automatisch eine Umverteilung der unbezahlten Care-Arbeit, jedenfalls nicht zwischen Männern und Frauen. Und auch der Mangel an bezahlbaren Angeboten für die familienergänzende Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen wird auf diese Weise nicht behoben. Es scheint, als ob die aktuellen ökonomischen und politischen Interessen in eine andere Richtung gehen als in eine geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Care-Arbeit. Der Arbeitsmarkt ist geprägt von Reorganisationen in hohem Tempo, Leistungsdruck bis zur Überforderung und verlangt von den Arbeitnehmenden maximale Flexibilität sowie permanente zeitliche und räumliche Verfügbarkeit. Das macht es zunehmend schwierig, verschiedene Lebensbereiche miteinander zu vereinbaren. Um Chancengleichheit und Gleichstellung weiterzubringen, braucht es mehr als den Rückgriff auf ökonomische Kriterien und Argumente.

### **Mit Blick aufs Ganze die Debatte neu führen**

Mit der Abstimmung vom 9. Februar 2014 hat die Diskussion um die Erwerbsintegration von Frauen, um Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsmarkt Aufschwung erhalten. Es ist indessen Vorsicht geboten, denn es kursieren viele Kurzschlüsse. Der aktuelle Diskurs folgt dem Motto: "Wir wollen möglichst keine ausländischen Arbeitskräfte, also sehen wir zu, dass die Frauen und die Älteren mehr arbeiten." Die Schweiz hat die Aufgabe, die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen und dies in einem äusserst kleinen Zeitfenster. Der Druck auf die Politik ist gross, sehr kurzfristig eine Lösung zu finden, welche die Bilateralen Verträge nicht in Gefahr bringt. Gleichzeitig steht die Schweiz aber auch vor der Notwendigkeit, langfristig wirksame Lösungen zu entwickeln. Dies betrifft Handlungsfelder, in denen schon seit Jahren Aufgaben anstehen, die noch nicht erledigt sind: in den Bereichen Bildung, Weiterbildung, Bezahlbarkeit und

Zugänglichkeit von Betreuungsangeboten, Prävention und Bekämpfung von Familienarmut, sowie in der Koordination von Steuerpolitik, Sozialpolitik und Lohnpolitik.

Das Leitmotiv der Gleichstellungspolitik ist die Angleichung von weiblichen Karrieren an die männliche Norm. Männliche Berufsverläufe sind gekennzeichnet durch lebenslange Erwerbsarbeit – zu hundert Prozent, ohne Unterbruch, im Normalarbeitsverhältnis. In den letzten zwanzig Jahren hat die Zahl jener Frauen zugenommen, die dem Modell der männlichen Karriere folgen und Vollzeit arbeiten. Viele Frauen entscheiden sich, keine Kinder zu haben, weil ihnen die Erwerbsintegration im Beruf ein besonderer Wert ist – ein Erfolg auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit? Weshalb gelingt es nicht, auf dem Arbeitsmarkt neue Erwerbsmodelle geltend zu machen, welche die Vereinbarkeit von Familie, Bildung und Beruf für Frauen und Männer sowie Karrieren in Teilzeit ermöglichen? Warum ist Teilzeitarbeit ein weibliches Erwerbsmodell und für Männer nicht selbstverständlich? Warum sind die gleichstellungsengagierten Männer noch zu wenig einbezogen in einen politischen Diskurs, der insgesamt die heute gängigen Formen von Erwerbsarbeit kritisch unter die Lupe nimmt?

Nach gängiger Meinung entscheidet sich die Sache zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes. Bis dahin sei die Gleichstellung von Mann und Frau sehr weitgehend erreicht. Das NFP 60 hat nun aber gezeigt, dass sich schon weit vor der Familiengründung die Traditionsfalle auftut: Junge Männer und Frauen lassen sich bei der Berufswahl von künftigen Familienaufgaben lenken, die sie als geschlechtsgebunden wahrnehmen. Männer sehen sich als Ernährer der Familie und entscheiden sich für eine Vollzeit-Laufbahn. Frauen wählen Berufe, in denen sie später Teilzeit arbeiten können, um Beruf und Familie zu vereinbaren. Die Vorstellung, wie bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen Mann und Frau zu verteilen sind, ist sehr tief in einer gesellschaftlichen Denkweise verankert. Auch wenn heute viele Mütter einer Erwerbstätigkeit nachgehen: dem Fortkommen und der Vorsorgefähigkeit sind im Teilzeitmodell nach wie vor enge Grenzen gesetzt.

### **Die Sache gemeinsam anpacken**

Die Emanzipation aus der Chancenungleichheit ist von Frauen und Männern gemeinsam an die Hand zu nehmen. Die Frauen haben, zu Recht, den Anstoss zur Gleichstellungspolitik gegeben und sie vorangetrieben. Aber sie sind zu lange unter sich geblieben. Die Männer müssen ins Boot geholt werden, hier steht noch ein gutes Stück Arbeit bevor. Denn es gibt gleich zwei grosse Baustellen – eine bei der Arbeit gegen Lohn und die andere bei der unbezahlten Care-Arbeit zu Hause. Mit dem Abbau von gleichstellungshemmenden Barrieren in der Arbeitswelt allein ist es nicht getan. Solange die Frauen weiterhin zuständig sind, die unbezahlte Care-Arbeit entweder selbst zu leisten oder das Familienleben so zu managen, dass diese unverzichtbaren Leistungen von Dritten eingekauft werden, haben Männer und Frauen ungleiche Chancen, ihren Lebensentwurf frei wählen zu können.

Es geht um das Zusammenleben. Deshalb handelt es sich bei Gleichstellung und Chancengleichheit nicht um eine individuelle Privatsache, sondern um ein soziales Geschehen, woran die gesamte Gesellschaft beteiligt und zu beteiligen ist. In diesem Bereich ist noch viel Sensibilisierungsarbeit erforderlich, das zeigt auch das Medienecho auf das NFP 60. Da ist zu lesen von einer vermeintlich zunehmenden "Gleichmacherei" und es wird eine Lanze gebrochen für die Erhaltung der "natürlichen Unterschiede" zwischen den Geschlechtern. Dem ist zu entgegnen: Die Gesellschaft ist als Ganzes dafür verantwortlich, dass formale Chancengleichheit im Leben auch tatsächlich verwirklicht werden kann. Dazu hat die Politik Massnahmen zu ergreifen. Wenn sie dies tut, indem beispielsweise Regelungen zum Arbeitsschutz in atypischen Arbeitsverhältnissen oder gegen Lohndiskriminierung erlassen werden und deren Einhaltung auch kontrolliert wird, ist dies nur folgerichtig, ein verfassungsmässiger Auftrag und hat nichts zu tun mit Eingriffen in die freie Marktwirtschaft oder "Lohnpolizei". Oft werden Massnahmen zur Umsetzung von Gleichstellung und Chancengleichheit in politischem und medialem Kurzschluss als antidemokratische Eingriffe in die Freiheit herabgewürdigt. Verbal wird dabei nicht selten mit schwerem Geschütz geschossen. Allein diese Tatsache zeigt, dass es nach wie vor brisant ist, Gleichstellung und Chancengleichheit einzufordern. Es muss immer wieder richtig gestellt werden: Es ist legitim und demokratisch legitimiert, in der Schweiz tatsächliche – das

heisst auch materielle – Gleichstellung und Chancengleichheit einzufordern. Tatsächliche Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit sowie möglichst grosse Chancengleichheit für alle sind in der Bundesverfassung verankertes Recht.

*Dr. Frauke Sassnick Spohn, Wissenstransfer NFP 60, Büro für Soziales, Bildung und Gesundheit, Winterthur*

### **Nationales Forschungsprogramm NFP 60 Gleichstellung der Geschlechter**

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist in der Bundesverfassung verankert, aber noch nicht realisiert. Dabei bringt sie ökonomischen, gesellschaftlichen und individuellen Nutzen, während die Ungleichstellung der Geschlechter die Lebensgestaltung aller einschränkt. Chancengleichheit ist als politische Querschnittsaufgabe anzugehen.

Das NFP 60 hat den Stand der Gleichstellung der Geschlechter in der Schweiz in 21 Forschungsprojekten unter die Lupe genommen. Die Ergebnisse und Impulse sind im Synthesebericht zusammengefasst.

In vier Dialogveranstaltungen haben Vertreterinnen und Vertreter aus Forschung, Politik und Praxis Stellung genommen zu den Ergebnissen und Impulsen des NFP 60 und haben die gleichstellungspolitischen Herausforderungen diskutiert. Dieser Artikel ist eine Nachlese der Podiumsdiskussionen in Bern, Lausanne, Zürich und St. Gallen, die zwischen September und Dezember 2014 durchgeführt wurden.

*Zum Synthesebericht NFP 60 und zur Dokumentation der vier Dialogveranstaltungen [www.nfp60.ch](http://www.nfp60.ch).*